

Arbeiten und Wohnen soll Militärfliegerei ersetzen

Der Militärflugplatz Dübendorf ist ein Fremdkörper im Kanton Zürich. Seit Jahrzehnten blockiert er die Entwicklung des mittleren Glatttals. Seit Jahrzehnten bremst er die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Im Gegenteil: Die Betriebe der Luftwaffe bauten in den letzten 20 Jahren mehr als 60% der rund 730 Arbeitsplätze ab. Seit Jahrzehnten verhindert er den Wohnungsbau. Seit Jahrzehnten kränkt er die Menschen mit Krach. Und seit Jahrzehnten ist er militärisch veraltet.

Die SP-Fraktion hat kein Verständnis für die strukturkonservative Haltung der Regierung, die den Militärflugplatz Dübendorf erhalten will. Denn die 250 Hektaren Flugplatzgelände lösen nur eine minimale Wertschöpfung aus und bieten nur relativ wenige Arbeitsplätze. Die Betriebe der Luftwaffe haben in den letzten 20 Jahren mehr als 60 Prozent der ursprünglich rund 730 Arbeitsplätze abgebaut. Mit einer intelligenten Umnutzung könnte dieses Gelände Raum für mehrere Tausend moderne Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen und es bliebe genügend Reserve für naturnahen Erholungsraum. Verkehrstechnisch ist das Gelände auf Schiene und Strasse schon heute gut erschlossen; der Richtplanänderung für die Trasseesicherung der geplanten Ringbahn ‚Hardwald‘ «Ringbahn Hardwald» hat der Kantonsrat in diesem Sommer zugestimmt.

Wir von der SP-Fraktion rufen den Regierungsrat und die anderen Fraktionen dazu auf, eine zeitgemässe Entwicklungsstrategie für das Dübendorfer Flugplatzgelände zu verfolgen. Dazu erheben wir folgende Forderungen:

1. Der Militärflugplatz Dübendorf muss aufgehoben werden. Darum ist die Stellungnahme zur Vernehmlassung des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerung und Sport in diesem Sinne zu verfassen; sie wird in der ersten Dezemberwoche den Kantonen unterbreitet. Der Abbau und die Verschiebung von Arbeitsplätzen muss sozial verträglich erfolgen.
2. Das Siedlungsgebiet im Kantonalen Richtplan ist auf das frei werdende Gelände des Militärflugplatzes auszuweiten, wobei genügend Freiräume offen zu halten sind. Im Gegenzug ist die gleiche Fläche weniger gut erschlossenes Siedlungsgebiet im übrigen Kanton zu reduzieren.
3. Die von der Stadt Dübendorf in Zusammenarbeit mit Bund, Kanton, Anliegergemeinden, Parteien und Vereinen erarbeiteten Entwicklungsszenarien sind weiter zu verfolgen und auszubauen. Ziel muss dabei sein, auf dem frei werdenden Gelände des Militärflugplatzes das Angebot an Arbeitsplätzen zu vergrössern, Wohnungen zu bauen und Erholungsraum zu schaffen.
4. Der Kanton Zürich hat sich dafür einzusetzen, dass die Verschiebung von Arbeitsplätzen des Militärflugplatzes und allenfalls deren Abbau sozial verträglich erfolgen.

Kantonsräte Peter Anderegg, Dübendorf und Ruedi Lais, Wallisellen